

ANTRAG

der Abgeordneten Cerwenka, Nowohradsky, Jahrmann, Egerer und Hinterholzer

gemäß § 34 LGO 2001 zum Antrag der Abgeordneten Cerwenka u.a. betreffend
Einsatz von Sozialarbeiterinnen in Schulen, LT-908/A-2/30

betreffend Unterstützung für SchülerInnen und Kinder zur Konfliktbewältigung

Gesellschaftliche Entwicklungen wie z.B. Auflösung von traditionellen Familienstrukturen, Leistungsdruck, Globalisierung der Kommunikationstechnik, vermehren vielfach die Orientierungslosigkeit von Kindern, der möglichst im Entstehungsfeld begegnet werden soll.

Ziel aller Maßnahmen sollte die Stärkung der Persönlichkeit der Kinder und ihrer Eigenkompetenz zur Lösung von Konflikten und Problemen sein. Erkennbar werden diese Probleme in erster Linie bei Kindern in Schulen bzw. in manchen Fällen sogar schon im Kindergarten. Angebote für Kinder und deren Eltern sollten daher gezielt in diesen Bereichen ansetzen.

Bereits erste positive Erfahrungen gibt es mit dem Projekt „Mediative Pädagogik und Gewaltprävention“ das derzeit in 30 Volksschulklassen in NÖ durchgeführt wird. Kinder lernen bereits im Volksschulalter sich über ihre Gefühle Gedanken zu machen und Konflikte gewaltfrei und fair auszutragen.

Weiters gibt es in NÖ zwei Projekte für Schul-Sozialarbeit in Volksschulen, Hauptschulen, allgemeinen Sonderschulen und Gymnasien. Durch regelmäßige Anwesenheit von Sozialarbeitern direkt in den Schulen wird den Kindern ein niederschwelliger Zugang zu Beratung und eventueller Hilfestellung bei Problemen

ermöglicht. Als Evaluierung dieser Projekte liegen eine Studie der NÖ LAK sowie Publikationen zu den Modellen in NÖ vor .

Weiters wird in 3 Pilotprojekten sozialpädagogische Nachmittagsbetreuung jenen Schulkindern angeboten, die auf Grund ihres besonderen Förderungsbedarfs einer individuellen und speziellen Betreuung bedürfen.

In den Schulen gibt es derzeit den schulpsychologischen Dienst bzw. beginnen die Schulen verstärkt Mediatoren einzusetzen.

Erste positive Erfahrungen zeigen, dass diese Projekte weitergeführt, ausgebaut und vernetzt werden sollten, wobei auch neue Lösungsansätze möglich sein müssten.

Zur Entscheidungsfindung wäre es angebracht, alle fachlich involvierten Institutionen (Schulbehörden, Elternvereine, Gemeinden, bisherige erfolgreiche Projektbetreiber) mit einzubeziehen. Viele Angebote finden in Schulen statt, weshalb auch eine Einbindung des Bundes in organisatorischen und finanziellen Belangen erforderlich sein wird.

Ziel ist, dass geeignete Angebote dort zur Verfügung gestellt werden, wo der Bedarf durch die betroffenen Institutionen vor Ort als erforderlich deklariert wurde.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g

Der NÖ Landtag möge beschließen:

1. „Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung die erforderlichen Schritte zu setzen, um die derzeitigen Projekte regional zu erweitern, sowie mittelfristig bedarfsorientiert in NÖ anzubieten.
2. Der Antrag der Abgeordneten Cerwenka u.a., LT-908/A-2/30 wird durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 miterledigt.“